

PROGRAMM FÜR DIE ZUKÜNFTIGE ARBEIT DES AJLE - HAMBURG

Aus der bisherigen Politik des AjLE - Hamburg kann das Selbstverständnis eines Gremiums, das die Rolle einer gewerkschaftspolitischen Avantgarde zu spielen hat, abgeleitet werden. Die Gefahr einer solchen Politik liegt auf der Hand: die generationsmäßige Spaltung der Gewerkschaft in junge Fortschrittliche und ältere Nicht-Fortschrittliche. Eine solche Spaltung widerspricht allen gewerkschaftlichen Erfahrungen von der Notwendigkeit der einheitlichen Interessenvertretung auf der Grundlage gleicher, objektiver Interessen. Natürlich gibt es darüber hinaus spezifische Interessen, die mit der besonderen Arbeitsplatzsituation zusammenhängen. Für den AjLE kann das nur heißen, daß er sich endlich auf die Interessenvertretung der Lehrer und Erzieher in der Ausbildung konzentriert und in Zusammenarbeit mit der AG-Studienseminar die Forderungen für eine demokratische Lehrer - und Erzieherausbildung innergewerkschaftlich durchsetzt und Vorstellungen für die Verwirklichung dieser Forderungen entwickelt. Damit ordnet sich der AjLE bewußt in die Gewerkschaftsjugend des DGB ein, deren zentrales Anliegen die gewerkschaftliche Interessenvertretung der auszubildenden Lohnabhängigen ist.

Über diese Konzentrierung der Arbeit auf die Ausbildungsprobleme hinaus, sollte sich der AjLE natürlich auch in Zukunft für fortschrittlich bildungs - und gesellschaftspolitische Positionen innerhalb der GEW einsetzen.

Den Schwerpunkt auf die Probleme der Lehrer und Erzieher in der Ausbildung zu legen, bedeutet, die Arbeit des AjLE endlich auf seine eigentliche Basis zu beziehen.

Um der Verschärfung der grundgesetzwidrigen Politik der Berufsverbote - von der insbesondere der Ausbildungsbereich betroffen ist - wirkungsvoller zu begegnen, muß der AjLE sich für ein offensiveres Vorgehen der GEW gegen diese Politik einsetzen. Die Entlassung Jugendvertretern im Betrieb und die Berufsverbote im öffentlichen Dienst haben die gleiche Soßrichtung gegen die demokratischen Rechte der Lohnabhängigen. Zur notwendigen Vereinheitlichung des gewerkschaftlichen Kampfes für diese Rechte muß der AjLE für ein gemeinsames Vorgehen von AjLE und Gewerkschaftsjugend eintreten.

Um den gewerkschaftlichen Einfluß im Ausbildungsbereich zu stärken, muß der AjLE die von ihm vertretenen Gewerkschaftskollegen für die Erarbeitung, Durchführung und Kontrolle seiner Politik aktivieren. Das bedeutet vor allem, die Vertrauensleutearbeit am Studienseminar zu aktivieren und die Junglehrerversammlung zu einem echten Entscheidungsorgan für die Politik des AjLE zu machen. Zu wesentlichen Problemen muß in Zukunft in den Dienststellenkonferenzen eine breite Diskussion geführt werden, um auf einer anschließenden Junglehrerversammlung eine Entscheidung herbeizuführen. Um möglichst viele Kollegen an der Erarbeitung der inhaltlichen Grundlagen der Politik des AjLE zu beteiligen, sollten entsprechende Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Um die Wirkungsmöglichkeiten des AjLE zu erhöhen, muß eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Selbstverwaltungsorganen der Auszubildenden in den verschiedenen Bereichen hergestellt werden.

Eine Effektivierung der Arbeit des AjLE - Hamburg muß in Zukunft eine bessere Koordinierung mit dem AjLE - Bund zur Folge haben. Ein bundeseinheitliches Vorgehen in solch zentralen Fragen wie der

Ausbildungsreform und des Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte (z.B. Berufsverbote) verbessert auch die regionalen Durchsetzungsmöglichkeiten.

Zugleich sollten wir uns darüber keine Illusionen machen, daß unsere zentralen, gewerkschaftspolitischen Forderungen höchstens über die übergreifenden Organisationen des DGB, also durch die einheitliche, gewerkschaftliche Kraft der Arbeiterbewegung in der BRD, durchsetzbar sind. Für den AJLE heißt das, daß in Zukunft eine Mitarbeit und Zusammenarbeit mit der gewerkschaftlichen Arbeiterjugend im Kreisjugendausschuß (KJA) des DGB gewährleistet sein muß.

DIE AUFGABEN DES AJLE IN DEN EINZELNEN AUSBILDUNGSBEREICHEN

1. Referendare: Die Verbesserung und Vereinheitlichung der Lehrerausbildung als langfristige Zielvorstellung und die Forderungen der GEW zu diesen Fragen bilden den allgemeinen Rahmen für die zukünftige Arbeit im Referendarebereich.

a) Reform der Ausbildung: Die Integration des allgemeinbildenden Schulwesens (Abschaffung des dreigliedrigen Systems) erfordert auch eine Integration der Lehrerausbildung. Daher muß vorrangig eine Konzeption für die Gesamtschullehrerausbildung entwickelt werden. Um die Trennung von Theorie und Praxis in Universitätsstudium und Referendariat zu überwinden, muß die bisherige zweiphasige Ausbildung durch eine integrierte Lehrerausbildung ersetzt werden.

Die Ausbildung von Stufenlehrern darf nicht zur Verminderung der Qualifikation und zur finanziellen Schlechterstellung (6 Sem. Ausbildung, 12 Monate Vorbereitungsdienst, A 12) eines Teils der Lehrerschaft führen, deshalb ist zu fordern:

Gleiche Ausbildung und gleiche Besoldung für alle Lehrer.

Der AJLE setzt sich für eine Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Inhalte in Lehrerausbildung und Schule ein. Im Bereich der politischen Bildung ist durchzusetzen, daß politische Seminare von den Gewerkschaften inhaltlich getragen werden.

Eine verbesserte Ausbildung am Studienseminar muß auch eine regelmäßige wissenschaftliche Weiterbildung der Seminarleiter einschließen. Alle Seminarleiterstellen sind öffentlich auszuschreiben und in einem ordentlichen Berufungsverfahren unter Beteiligung aller Gruppen am Studienseminar zu besetzen. Dabei ist von verbindlichen Qualifikationskriterien auszugehen.

Um die Anleitung und Betreuung der Referendare bei der schulpraktischen Tätigkeit zu verbessern, sind die Mentoren auf ihre Aufgabe entsprechend vorzubereiten.

Die neue Prüfungsordnung stellt insgesamt keine Verbesserung dar. Der AJLE fordert, die Durchführung der Prüfung generell zu überdenken und wird sich für die Durchsetzung der von der GEW zu dieser Frage aufgestellten Forderungen einsetzen:

- Abschaffung der gesonderten Hausarbeit
- Bewertung "bestanden - nicht bestanden"
- Öffentlichkeit der Prüfung auf Wunsch des Kandidaten
- Ermöglichung von Gruppenarbeiten.

b) Materielle Forderungen zur Verbesserung der Ausbildungssituation: Der seit 1957 geplante Neubau des Studienseminars muß zum nächstmöglichen Termin gesichert werden. Der AJLE muß sich dafür einsetzen, daß die Forderungen hierzu verstärkt in die Öffentlichkeit getragen werden, um einen entsprechenden Plan für ihre Durchsetzung zu entwickeln.

Die GEW hat mehrfach Zulassungsbeschränkungen in der Lehrerausbildung, insbesondere am Studienseminar entschieden abgelehnt. Der AjLE wird sich gemeinsam mit der AG-Studienseminar für einen Beschluß der GEW einsetzen, die Erhöhung der Stellenzahl zu fordern, so daß alle Bewerber für den Vorbereitungsdienst aufgenommen und die Fach- und Gruppenseminare auf 10 Teilnehmer reduziert werden können.

Um die Beratung der Referendare durch ihre Mentoren zu verbessern, müssen die Mentoren für diese Arbeit eine angemessene Stundenfreistellung (4Wochestunden) erhalten.

Ruhr Die berufliche Belastung der Referendare entspricht der der übrigen Lehrer. Die GEW fordert daher eine Anhebung der Unterhaltszahlungen von derzeit 60% auf 100% von A 13. Daher sollte sich der AjLE verstärkt die GEW-Forderung nach Anhebung der Unterhaltszahlungen zu eigen machen.

c) Referendarinteressenvertretungen und gewerkschaftliche Arbeit: Mit den Selbstverwaltungsorganen der Referendare muß eine Zusammenarbeit angestrebt werden, um den Einfluß der GEW auf die Interessenvertretung der Referendare zu stärken. Ziel muß die Einführung einer Gewerkschaftsliste für die Wahlen der Interessenvertreter sein. Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, muß sich der AjLE dafür einsetzen, daß in den Dienststellenkonferenzen diese Fragen diskutiert werden und daß die Vertrauensleute zu aktiven Trägern der gewerkschaftlichen Politik im Referendarbereich werden.

Der AjLE muß weiter dafür eintreten, daß innerhalb der GEW die Forderungen der Referendare einen entsprechenden Stellenwert erhalten. Die gleichberechtigte Stellung der Referendare in den KVKs muß gesichert werden.

2. Junglehrer und junge Lehrer: Durch die Umstellung der Lehrerausbildung auf das Referendariat in allen Schularten bedingt, gibt es in Hamburg nur noch in geringem Umfang sog. Junglehrer, also Kollegen alter Ausbildungsart oder aus anderen Bundesländern. Die besondere Belastung dieser Kollegen besteht darin, daß sie einerseits bereits als volle Lehrkraft in den Schulen eingesetzt werden, andererseits aber noch ihre Ausbildung und Prüfung nebenbei absolvieren müssen unter völlig unzureichender Anleitung und geringen Kommunikationsmöglichkeiten mit anderen Kollegen in der gleichen Situation. Der AjLE muß sich dafür einsetzen, daß die Ausbildungsbedingungen dieser Kollegen verbessert werden und daß auf Bundesebene eine demokratische Vereinheitlichung der Lehrerausbildung erreicht wird.

Auch die Kollegen, die bereits das 2. Lehrerexamen absolviert haben, sind bis zu ihrer Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit einer besonderen behördlichen Überprüfung ausgesetzt, die der Situation in der Ausbildung ähnelt. Gerade die Berufsverbote der letzten Jahre haben gezeigt, in welcher Abhängigkeitssituation sich diese Kollegen durch die willkürliche Auslegung der Beamtengesetze durch die Behörden befinden. Über die generelle Forderung nach Aufhebung der Ministerpräsidentenbeschlüsse hinaus muß sich der AjLE für eine Offenlegung und breite Diskussion der Kriterien für die Verbeamtung einsetzen. Langfristig gilt es, den Beamtenstatus für Pädagogen insgesamt aufzuheben.

3. Studien: Der AjLE - Hamburg hat es in den vergangenen Jahren versäumt, sich um das Problem der Studenten in der GEW zu kümmern. Das Studium ist Bestandteil der Ausbildung der Pädagogen. Deshalb muß den Studenten auch die Möglichkeit gegeben werden, sich gleichberechtigt innerhalb der Gewerkschaft für ihre materiellen, sozialen und politischen Interessen zu engagieren. Der AjLE sollte sich

in Zukunft dafür einsetzen, daß die Studenten volles Stimmrecht - außer in arbeitsrechtlichen Fragen - und aktives und passives Wahlrecht innerhalb der GEW erhalten, so wie es bereits in einzelnen Bundesländern geregelt ist. Gleichzeitig sollte der AjLE den ständigen Kontakt zu gewählten Organen der verfaßten Studentenschaft (ASTA, Fachschaftsrat) aufnehmen.

Für die Aktivierung der gewerkschaftlichen Arbeit unter den Studenten muß eine Zusammenarbeit zwischen dem AjLE und der Gewerkschaftlichen Studentengruppe (GSG) angestrebt werden.

4. Sozialpädagogen: Der AjLE muß endlich auch die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Erzieher und Sozialpädagogen in der Ausbildung wahrnehmen. Hierzu muß innerhalb der GEW mit dem Sozialpädagogischen Kreis und innerhalb des DGB mit der ÖTV zusammengearbeitet werden. Zu den Selbstverwaltungsorganen der Fachschulen und der Fachhochschulen muß Kontakt hergestellt werden.

NOTWENDIGE AKTIVITÄTEN DES AJLE IN DER NÄCHSTEN ZEIT

- Einrichtung einer AG-Lehrerausbildung in Zusammenarbeit mit der AG-Studienseminar und in Koordination mit dem Fachschaftsrat PI und den Referendarausschüssen des Studienseminars.
- Beteiligung an der Berufsverbotsveranstaltung der GEW im November.
- Vorbereitung eines Hearings mit Parteienvertretern zur Haushaltsdebatte (Okt./Nov.) insbesondere bzgl. Neu- u. Ausbau des Studienseminars.
- Stellungnahme zur Zulassung zum Studienseminar (NC) und zur Einstellung der ausgebildeten Referendare in den Schuldienst. (Berufsverbote) am 1.2.1974.
- Auftreten von GEW (AjLE) bei 'Neureferendaren' (Feb. 1974).
- 2. - Einbringen der Forderungen des AjLE zum Ausbildungsbereich in die Prüfsteine der GEW zum Bürgerschaftswahlkampf.

Kandidaten zum AjLE, die das Programm unterstützen:

Jochen Fehrmann
Renate Kagelmann
Anette Koblitz
Ewald Leppin
Peter May
Angela Müller
Folkert v. Osten

Reinhard Peters
Dagmar Peters - Bartel
Reinhard Pietsch
Rolf Scharmacher
Hartrud Uhden
Dürte v. Wolfradt
Else Zager